

# Bürgerinitiative *Rheinaue Königswinter*

BI Rheinaue Königswinter \* c/o Dr. Gerhard Duda \* duda(at)posteo.de

An den Vorsitzenden der Hochwassernotgemeinschaft Rhein e.V.

Herrn Achim Hütten

Oberbürgermeister der Stadt Andernach

Deutschhausplatz 1

55116 Mainz

15.05.2018

## Offener Brief

### **Bebauungsplanung der Rheinaue Königswinter und die Mitgliedschaft der Stadt Königswinter**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Hütten,

die Bürgerinitiative Rheinaue Königswinter hat sich im Widerstand gegen die geplante Bebauung der letzten Rheinaue der Stadt Königswinter gebildet. Diese Aue ist das einzige nennenswerte Hochwasserausdehnungsgebiet der Stadt. Ein großer Teil der Auenlandschaft, bekannt auch als "Sumpfweg-Süd", soll mit 156 hochpreisigen Wohnungen mit Rheinblick für mehrere Hundert Bewohner und mit allein 200 Tiefgaragenplätzen bebaut werden. Diese Tiefgaragen sollen auf rund 13.000 qm Fläche bis in den Grundwasserkörper hinein errichtet werden. Die Baugenehmigungen stehen kurz bevor.

Die Bürgerinitiative Rheinaue erwägt den Beitritt in die Hochwassernotgemeinschaft, den Sie dankenswerterweise auch Bürgerinitiativen eröffnen, und wird sich mit Ihrer Geschäftsstelle diesbezüglich in Verbindung setzen. Über unsere Tätigkeit und das Medienecho informiert unsere Webseite (siehe unten).

Gleichzeitig möchten wir Sie bitten, mit der Stadt Königswinter Gespräche über den Sinn ihrer Mitgliedschaft in Ihrem Verein zu führen, weil sie die Zerstörung des einzigen Hochwasserausdehnungsgebiets zulässt. Die Bebauung dieser Rheinauerlandschaft ist seit Jahrzehnten höchst umstritten. Die Ratsmehrheit von Königswinter hat sich zuletzt 2012 gegen die Möglichkeit entschieden, eine Bebauung zu verhindern, und beruft sich auf rechtliche Automatismen des Bebauungsplans.

Herr Reinhard Vogt, das auf Lebenszeit gewählte Vorstandsmitglied der Hochwassernotgemeinschaft, hat auf einer Veranstaltung der Bürgerinitiative am 2. Februar 2018 klar zum Ausdruck gebracht, dass aus dieser Aue "kein Eimer Sand" weggetragen werden sollte. Er teilt unsere Auffassung, dass der Tiefgaragenbau keinen Retentionsraum schafft, wie es der Bauinvestor BPD behauptet.

Die Stadt selbst verweist auf Sondergenehmigungen der Bezirksregierung Köln. Diese wurde zuletzt vom BUND Rhein-Sieg am Beispiel der Stadt Königswinter und Bad Honnef dafür kritisiert, dass sie ihre Aufgabe eher in der Erteilung von Sondererlaubnissen zur Bebauung als in der Durchsetzung der Hochwasserschutzgesetzgebung sieht.

Wir hoffen, dass ein solches Gespräch mit der Stadt Königswinter im Rahmen der Notgemeinschaft zu einem Umdenken und zur Suche nach kreativen Möglichkeiten beitragen könnte, um die Zubetonierung der Rheinaue zu verhindern.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Gerhard Duda (für die Bürgerinitiative Rheinaue)